

Antrag

der Abgeordneten Christian Ahrendt, Dr. Max Stadler, Gisela Piltz, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Claudia Winterstein, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Daniel Volk, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Notfinanzierungsmittel für EXIT-Deutschland zur Verfügung stellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die auf rechtsextremistische Aussteiger spezialisierte Initiative EXIT-Deutschland leistet seit nunmehr acht Jahren einen elementaren Beitrag im Kampf gegen den Rechtsextremismus. 300 Frauen und Männern hat EXIT bei ihrem Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene geholfen. Von diesen sind lediglich zehn Personen wieder in die Szene zurückgekehrt. Die 30 Mitarbeiter von EXIT, die zum Teil selber aus der Szene ausgestiegen sind und damit über die notwendigen Erfahrungswerte verfügen, fungieren als Ansprechpartner, Vertrauenspersonen und Betreuer. Sie unterstützen die Aussteiger beispielsweise beim Umzug, bei der Arbeitsuche und bei Behördengängen. Neben Ausstiegswilligen können sich ebenfalls Familienangehörige von Neonazis an die Initiative wenden, bei der sie ein qualifiziertes Beratungsangebot erhalten. Zudem betreibt die Initiative wichtige Aufklärungsarbeit in Schulen oder bei Verbänden. EXIT-Deutschland ist damit eines der erfolgreichsten und anerkanntesten Projekte gegen Rechtsextremismus. So hat EXIT zahlreiche Befürworter in der Bevölkerung und allen demokratischen Parteien. Beispielsweise hat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, in mehreren an EXIT gerichteten Schreiben das Engagement von EXIT gewürdigt.

EXIT wird von der Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH (ZDK) getragen und finanzierte sich bisher über staatliche Förderprogramme wie z. B. CIVITAS, ENTIMON und XENOS, über Spenden der Amadeu Antonio Stiftung und der Freudenberg Stiftung sowie andere private Spender.

EXIT benötigt für die Projektarbeit etwa 200 000 Euro jährlich. Derzeit würden 80 000 Euro genügen, um die Initiative fortführen zu können. Da staatliche Fördermittel seit Oktober 2008 nicht mehr gestellt werden und die privaten Spenden die Kosten für die Tätigkeit von EXIT nicht decken, werden 25 der 30 Mitarbeiter zum Jahresende entlassen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales führt in der Förderperiode 2007 bis 2013 des Europäischen Sozialfonds das Bundesprogramm XENOS durch. Die Zielsetzung des XENOS-Programms besteht in der Förderung von Toleranz und Demokratiebewusstsein in arbeitsmarktlichen Handlungsfeldern, in der Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und in der Integration in die Gesellschaft. Für dieses Programm hat EXIT im Mai 2008 sein Interesse bekundet. Unabhängige Gutachter bewerteten sodann das in der Interessensbekundung verkürzt dargestellte Projekt von EXIT, um es gegebenenfalls bei Erreichen der erforderlichen Mindestpunktzahl ins eigentliche Bewerbungsverfahren überzuleiten. Die Interessensbekundung wurde erstmalig auf ein Onlineantragsformular umgestellt, sodass die mitgeschickte Konzeptausarbeitung von EXIT nicht berücksichtigt wurde. Die erforderliche Mindestpunktzahl hat EXIT damit nicht erreicht.

Daneben besteht für EXIT ein generelles Problem hinsichtlich des Projektvorschlages, der für jede weitere Förderungsmaßnahme neu erarbeitet werden muss. Grund für die Befristung jeder Förderung ist der Anspruch an Selbstwirtschaftlichkeit. Für EXIT bedeutet dies praktisch, dass es regelmäßig ein innovatives Projekt vorstellen muss. Bei einem Aussteigerprogramm spielen aber Erfahrungswerte und konstante Methoden der Hilfestellung eine maßgebliche Rolle. Dem Anspruch an neue Konzepte kann EXIT daher in dem geforderten Zeitrahmen nicht immer gerecht werden. Der Deutsche Bundestag ist sich darüber einig, dass das wichtige Engagement gegen Rechtsextremismus von EXIT förderungswürdig ist.

In der rechtsextremistischen Szene finden Schulungen statt, in denen explizit vor EXIT und seinen Mitarbeitern gewarnt wird. Der Deutsche Bundestag darf nicht zulassen, dass Rechtsextremisten aus dem Scheitern von EXIT eine positive Signalwirkung erzielen. Nicht nur dem besonderen Engagement von EXIT, sondern allen Ausstiegswilligen, die nunmehr auf sich alleine gestellt sind, ist der Deutsche Bundestag verpflichtet, die Initiative EXIT durch finanzielle Unterstützung am Leben zu erhalten.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verweist auf ein neu geschaffenes Sonderprogramm zur Förderung von Initiativen, die sich rechtsextremistischen Tendenzen entgegenstellen. Dieses Sonderprogramm soll jedoch erst im April 2009 anlaufen. Für die Initiative EXIT bedeutet dies, dass sie ihre Tätigkeit bis zur nächsten Förderung einstellen muss. Die derzeit 40 betreuten Aussteiger können aber nicht warten. Sie sind einem massiven Druck, Gewaltandrohungen und Repressalien aus der rechtsextremistischen Szene ausgesetzt und benötigen dringend die Fortführung der Hilfestellung durch EXIT.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf zu prüfen,

- inwieweit langfristig neue Fördermittel zur Verfügung gestellt werden können, die auf Konzepte wie das von EXIT fachspezifisch zugeschnitten sind;
- ob wegen des außerordentlichen Beitrags von EXIT gegen Rechtsextremismus kurzfristig Fördermittel für die Überbrückung bis zur nächsten staatlichen Fördermöglichkeit im April 2009 zur Verfügung gestellt werden können.

Berlin, den 16. Dezember 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion